

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes

zu dem Vertrag vom 11. April 1996

**über die Internationale Kommission zum Schutz der Oder gegen Verunreinigung
(Vertrag über die Oderschutzkommission)**

A. Zielsetzung

Der Vertrag über die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Polen, der Tschechischen Republik und der Europäischen Gemeinschaft über die Internationale Kommission zum Schutz der Oder gegen Verunreinigung wurde am 11. April 1996 in Breslau gezeichnet. Zweck des Vertrags ist es, zu einem effektiven modernen Gewässerschutz im gesamten Einzugsgebiet der Oder beizutragen.

B. Lösung

Durch das Vertragsgesetz sollen die Voraussetzungen für die Ratifikation des Vertrags über die Internationale Kommission zum Schutz der Oder gegen Verunreinigung geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Dem Bund entstehen durch das Gesetz Kosten. Im Rahmen der nach dem Vertrag einzurichtenden Internationalen Kommission wird in Breslau ein Ständiges Sekretariat eingerichtet. Die Kosten hierfür werden von den Vertragspartnern nach folgendem Schlüssel getragen:

Fristablauf: 31. 01. 97

Bundesrepublik Deutschland 38,75 v.H., Republik Polen 38,75 v.H., Tschechische Republik 20,00 v.H. und Europäische Gemeinschaft 2,5 v.H. Der deutsche Anteil beträgt 369 000 DM.

Dieser Betrag ist gesperrt bei Kapitel 1602 Titel 686 01 im Haushalt 1996 eingestellt. Eine Entsperrung hat zur Voraussetzung, daß die Bedingungen gemäß Artikel 18 Abs. 3 des Vertrags erfüllt sind.

2. Vollzugsaufwand

Durchführung, Begleitung und Fortentwicklung des Vertrags erfordern auf Ebene der beteiligten Bundesressorts zusätzlichen administrativen und personellen Aufwand, der sich kostenmäßig niederschlägt, und über den zu gegebener Zeit im Rahmen des normalen Haushaltsverfahrens zu entscheiden ist.

Auch bei den beteiligten Bundesländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen entsteht infolge Durchführung, Begleitung und Fortentwicklung des Vertrags zusätzlicher administrativer und personeller Aufwand.

Darüber hinaus werden Länder und Gemeinden durch den Vertrag nicht mit Kosten belastet, da sich das in Deutschland geltende Recht nicht ändert.

E. Sonstige Kosten

Die inländische Wirtschaft – vom genannten administrativen Vollzugsaufwand abgesehen – wird nicht mit Kosten belastet, da das in Deutschland geltende Recht durch den Vertrag nicht geändert wird. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind daher nicht zu erwarten.

20. 12. 96

U

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 11. April 1996
über die Internationale Kommission zum Schutz der Oder gegen Verunreinigung
(Vertrag über die Oderschutzkommission)

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (321) – 632 00 – Od 2/96

Bonn, den 20. Dezember 1996

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 11. April 1996 über die Internationale Kommission zum Schutz der Oder gegen Verunreinigung (Vertrag über die Oderschutzkommission)

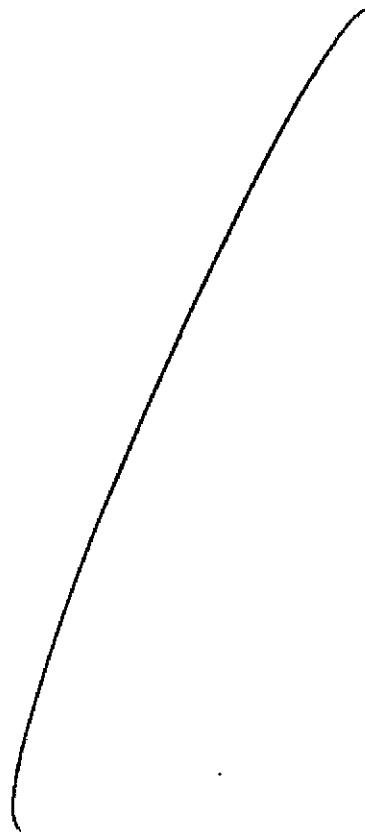
mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Dr. Helmut Kohl

Fristablauf: 31. 01. 97

973/96



-4-

Entwurf

**Gesetz
zu dem Vertrag vom 11. April 1996
über die Internationale Kommission
zum Schutz der Oder gegen Verunreinigung
(Vertrag über die Oderschutzkommission)**

Vom

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Breslau am 11. April 1996 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Vertrag über die Internationale Kommission zum Schutz der Oder gegen Verunreinigung nebst Erklärung wird zugestimmt. Der Vertrag nebst Erklärung wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 18 Abs. 3 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Nachdem der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland und die politischen Umwälzungen in Osteuropa völlig neue Verhandlungsmöglichkeiten eröffnet hatten, wurden 1991 die Verhandlungen zwischen Deutschland, Polen, der ehemaligen CSFR und der Europäischen Gemeinschaft aufgenommen mit dem Ziel, nach dem Modell der erfolgreichen Zusammenarbeit im Rahmen der Internationalen Kommission zum Schutze des Rheins, die auch schon für die Internationale Kommission zum Schutze der Elbe Pate gestanden hat, einen Vertrag über die Einrichtung einer Internationalen Kommission zum Schutz der Oder gegen Verunreinigung (IKSO) zu erarbeiten. Die Vertragsverhandlungen hatten bereits Anfang 1992 zu einem abgestimmten Konventionstext geführt, jedoch traten seitens der polnischen und tschechischen Vertragspartner 1992 und nochmals 1994 unerwartete Schwierigkeiten auf, die erneute Verhandlungen erforderlich machten. Die Zeichnung des Vertrags erfolgte nunmehr am 11. April 1996 in Breslau. Die auf der Grundlage des Vertrags einzurichtende Kommission hat im unmittelbaren Anschluß an die Zeichnungskonferenz ihre Arbeit auf interimsistischer Basis aufgenommen.

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 18 Abs. 3 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Das Gesetz wird positive Auswirkungen auf den internationalen Gewässerschutz im Einzugsgebiet der Oder haben.

Dem Bund entstehen durch das Gesetz Kosten.

Im Rahmen der Internationalen Kommission wird ein Ständiges Sekretariat gegründet. Die Kosten hierfür werden von den Vertragspartnern nach folgendem Schlüssel getragen:

Bundesrepublik Deutschland 38,75 v.H., Republik Polen 38,75 v.H., Tschechische Republik 20,00 v.H. und Europäische Gemeinschaft 2,5 v.H. Der deutsche Anteil beträgt 369 000 DM.

Dieser Betrag ist gesperrt bei Kapitel 1602 Titel 686 01 im Haushalt 1996 eingestellt. Eine Entsperrung hat zur Voraussetzung, daß die Bedingungen gemäß Artikel 18 Abs. 3 des Vertrags erfüllt sind.

Die inländische Wirtschaft wird – vom genannten administrativen Vollzugaufwand abgesehen – nicht mit Kosten belastet, da das in Deutschland geltende Recht durch den Vertrag nicht geändert wird. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind daher nicht zu erwarten.

**Vertrag
über die Internationale Kommission
zum Schutz der Oder gegen Verunreinigung**

**Umowa
w sprawie Międzynarodowej Komisji
Ochrony Odry przed Zanieczyszczeniem**

**Dohoda o Mezinárodní komisi
pro ochranu Odry před znečištěním**

Die Regierung der Bundesrepublik
Deutschland,
die Regierung der Republik Polen,
die Regierung der Tschechischen Republik
und
die Europäische Gemeinschaft,

im folgenden als Vertragsparteien be-
zeichnet –

überzeugt von der Notwendigkeit, den
ökologischen Zustand der Oder und des
Stettiner Haffs einschließlich ihrer Ein-
zugsgebiete zu verbessern,

In der Absicht, die weitere Verunrein-
igung dieser Gewässer zu verhindern,

in dem Bestreben, die Belastung der
Ostsee nachhaltig zu verringern,

überzeugt von der Dringlichkeit dieser
Aufgaben,

In der Absicht, die auf diesem Gebiet
bereits bestehende Zusammenarbeit der
Vertragsparteien zu verstärken –

sind wie folgt übereingekommen:

Rząd Rzeczypospolitej Polskiej,
Rząd Republiki Czeskiej,
Rząd Republiki Federalnej Niemiec
i
Wspólnota Europejska,

zwane dalej „Umawiającymi się Stro-
nami“:

przekonane o konieczności poprawy
stanu ekologicznego Odry i Zalewu Szczeciń-
skiego, włącznie z ich zlewniami,

zamierzając zapobiegać dalszemu
zanieczyszczaniu tych wód,

dążąc do trwałego zmniejszenia
zanieczyszczeń Bałtyku,

przekonane o pilności tych zadań,

zamierzając umacniać istniejącą już w
tej dziedzinie współpracę między Umawia-
jącymi się Stronami uzgodniły,

co następuje:

Vláda České republiky,
vláda Polské republiky,
vláda Spolkové republiky Německo
a
Evropské společenství

(dále jen „smluvní strany“) –

přesvědčeny o nutnosti zlepšit ekolo-
gický stav Odry a Štětínské zátoky včetně
jejich povodí,

s úmyslem zabránit dalšímu znečišťo-
vání těchto vod,

ve snaze trvale snižovat zatížení Bal-
tického moře,

v přesvědčení o naléhavosti těchto
úkolů,

se záměrem posílit již existující spolu-
práci smluvních stran v této oblasti

se dohodly takto:

Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien arbeiten auf
dem Gebiet des Gewässerschutzes gegen
Verunreinigung für die Oder und das Stet-
tiner Haff einschließlich ihrer Einzugsge-
biete, im folgenden als Oder bezeichnet, in
der Internationalen Kommission zum
Schutz der Oder gegen Verunreinigung,
im folgenden als Kommission bezeichnet,
zusammen.

(2) Ziele der Zusammenarbeit sind ins-
besondere

- a) der Belastung der Oder sowie der Ost-
see mit Schadstoffen vorzubeugen und
die Belastung nachhaltig zu verringern,
- b) möglichst naturnahe aquatische und
damit zusammenhängende terrestri-
sche Ökosysteme mit einer entspre-
chenden Artenvielfalt zu erreichen,
- c) Nutzungen der Oder, vor allem die Ge-
winnung von Trinkwasser aus Uferfil-
trat und die landwirtschaftliche Ver-
wendung des Wassers und der Sedi-
mente, zu ermöglichen.

Artykuł 1

1. Umawiające się Strony współpracują
w dziedzinie ochrony przed zanieczysz-
czeniem wód Odry i Zalewu Szczecińskie-
go włącznie z ich zlewniami, zwanych
dalej „Odrą” w ramach Międzynarodowej
Komisji Ochrony Odry przed Zanieczysz-
czeniem, zwanej dalej „Komisją”.

2. Celami współpracy w szczególności
są:

- a) zapobieganie i trwale obniżanie
zanieczyszczenia Odry i Bałtyku
szkodliwymi substancjami,
- b) osłanianie ekosystemów wodnych i
związanych z nimi ekosystemów brze-
gowych, jak najbardziej zbliżonych do
naturalnych z właściwą im różnorod-
nością gatunków,
- c) umożliwienie wykorzystania Odry prze-
de wszystkim dla pozyskiwania wody
do picia z infiltracyjnych ujęć brzego-
wych, rolniczego wykorzystania wody i
osadów.

Článek 1

1) Smluvní strany spolupracují v oblasti
ochrany vod Odry a Štětínské zátoky včet-
ně jejich povodí (dále jen „Odra“) před
znečištěním v Mezinárodní komisi pro
ochranu Odry před znečištěním (dále jen
„Komise“).

2) Cíle spolupráce jsou především

- a) předcházet a trvale snižovat zatížení
Odry, jakož i Baltického moře, škod-
livými látkami,
- b) dosáhnout stavu vodních a souvise-
jících terestrických ekosystémů co
možná nejbližší přirozenému stavu s
příslušnou diverzitou druhů,
- c) umožnit využívání Odry, především k
získávání pitné vody z břehové infiltra-
ce a k zemědělskému využití vody a
sedimentů.

(3) Um diese Ziele zu erreichen, erarbeiten die Vertragsparteien im Rahmen der Kommission gemeinsame Aktionsprogramme mit Zeitplänen für deren Realisierung. Diese Aktionsprogramme können je nach Bedarf schrittweise ergänzt werden.

(4) Zur Erreichung dieser Ziele fördern die Vertragsparteien den Austausch moderner Technologien zur Vermeidung und Verringerung von Gewässerbelastung auf der Basis zivilrechtlicher Vereinbarungen.

Artikel 2

(1) Die Kommission wird insbesondere

- a) Übersichten über Quellen punktförmiger Verunreinigungen erstellen, Abschätzungen der Gewässerbelastung aus diffusen Quellen vornehmen sowie beides fortschreiben, gegliedert nach Branchen und den wichtigsten Arten der Verunreinigung,
- b) Grenzwerte für die eingeleiteten Abwässer vorschlagen,
- c) Qualitätsziele für Gewässer unter Berücksichtigung der Ansprüche an die Gewässerumgebung sowie der besonderen Bedingungen zum Schutz der Ostsee und der aquatischen und der damit zusammenhängenden terrestrischen Ökosysteme vorschlagen,
- d) gemeinsame Meß- und Untersuchungsprogramme zur Darstellung der Quantität und der Qualität der Gewässer, der Qualität der Sedimente, zur Bewertung des Zustandes der aquatischen und der damit zusammenhängenden terrestrischen Lebensgemeinschaften sowie, sofern notwendig, zur Bewertung der Folgen der Gewässerbelastung vorschlagen, wie auch die erzielten Ergebnisse dokumentieren und bewerten,
- e) einheitliche Methoden zur Güteklassifizierung der Gewässer vorschlagen,
- f) gesammelte Daten und Informationen, die für den Schutz der Oder notwendig sind, analysieren, insbesondere zu Fragen der Hydrologie und der wasserwirtschaftlichen Bilanzierung,
- g) Aktionsprogramme zur Reduzierung der Verunreinigung, insbesondere mit Schadstoffen sowohl aus kommunalen und industriellen Punktquellen als auch diffusen Quellen und weitere Maßnahmen einschließlich Zeitplanung, Kostenschätzung und Möglichkeiten der Finanzierung vorschlagen,
- h) Maßnahmen zur Vorbeugung und Bekämpfung außergewöhnlicher Gewässerbelastungen vorschlagen sowie ein einheitliches Alarm- und Warnsystem erarbeiten und auf der Grundlage der Erfahrungen fortschreiben,
- i) die gewässerökologische Bedeutung der unterschiedlichen Biotop-elemente einschließlich Ökomorphologie dokumentieren sowie Vorschläge erarbei-

3. Aby osiągnąć te cele, Umawiające się Strony, w ramach Komisji opracują wspólne programy działania wraz z harmonogramami ich realizacji. W miarę potrzeb programy te mogą być sukcesywnie uzupełniane.

4. Dla osiągnięcia tych celów, Umawiające się Strony będą popierać wymianę nowoczesnych technologii, zapobiegających i obniżających zanieczyszczenie wód, dokonywaną w oparciu o przepisy prawa cywilnego.

Artykuł 2

1. Komisja w szczególności będzie:

- a) sporządzać wykazy punktowych źródeł zanieczyszczeń, dokonywać oceny zanieczyszczeń wód ze źródeł rozproszonych i aktualizować je w podziale na branże i na najważniejsze rodzaje zanieczyszczeń;
- b) proponować wartości graniczne dla odprowadzanych ścieków;
- c) proponować docelowe wymagania jakościowe dla wód z uwzględnieniem wymagań dotyczących wykorzystania wód, szczególnych warunków ochrony Bałtyku oraz ekosystemów wodnych i związanych z nimi ekosystemów brzegowych;
- d) proponować wspólne programy pomiarowo-badawcze w celu określenia: ilości i jakości wód, jakości osadów, oceny stanu wodnych i związanych z nimi ekosystemów brzegowych, oceny skutków zanieczyszczenia wód, o ile to będzie konieczne, a także dokumentować i oceniać uzyskiwane wyniki;
- e) proponować jednolite metody klasyfikacji jakości wód;
- f) analizować zgromadzone dane i informacje, potrzebne do ochrony Odry, w szczególności w sprawach hydrologii i bilansowania wodnospodarczego;
- g) proponować programy działania na rzecz redukcji zanieczyszczeń, szczególnie substancji szkodliwych, pochodzących zarówno z komunalnych i przemysłowych źródeł punktowych, jak i źródeł rozproszonych oraz inne przedsięwzięcia zawierające również harmonogramy, szacunki kosztów i możliwości finansowania;
- h) proponować działania profilaktyczne i dotyczące zwalczania nadzwyczajnych zanieczyszczeń wód, opracowywać jednolity system alarmowy i ostrzegawczy oraz aktualizować go na podstawie doświadczeń;
- i) dokumentować stan i znaczenie różnych elementów biotopów pod kątem ekologii wód łącznie z ekomorfologią oraz opracowywać propozycje

3) K dosažení těchto cílů smluvní strany v rámci Komise vypracují společné akční programy včetně časových plánů pro jejich realizaci. Tyto akční programy mohou být podle potřeby postupně doplňovány.

4) Dosažení těchto cílů budou smluvní strany podporovat výměnou moderních technologií zamezujících a snižujících znečištění vod na základě občansko-právních dohod.

Článek 2

1) Komise bude zejména

- a) sestavovat podle odvětví a nejdůležitějších druhů znečištění přehledy bodových zdrojů znečištění a hodnocení zatížení vod z rozptýlených zdrojů znečištění a aktualizovat je,
- b) navrhnout limitní hodnoty pro vypouštěné odpadní vody,
- c) navrhnout cílovou kvalitu vod vzhledem k nárokům kladeným na využití vody a zvláštním podmínkám pro ochranu Baltického moře a vodních a souvisejících terestrických ekosystémů,
- d) navrhnout společné programy měření a výzkumu k popsání jakosti a množství vod, kvality sedimentů, hodnocení stavu vodních a souvisejících terestrických ekosystémů, a také, pokud to bude nezbytné, i k hodnocení následků znečištění vod a také dokumentovat a hodnotit získané výsledky,
- e) navrhnout jednotné metody klasifikace jakosti vod,
- f) analyzovat získaná data a informace potřebné pro ochranu Odry, týkající se zvláště otázek hydrologie a vodohospodářského bilancování,
- g) navrhnout akční programy ke snižování, zejména škodlivými látkami jak z komunálních a průmyslových bodových zdrojů, tak i z rozptýlených zdrojů a další opatření včetně časového plánu, odhadu nákladů a možností financování,
- h) navrhnout preventivní opatření a opatření ke zvládnutí mimořádného znečištění vod, vypracovat jednotný populačový a varovný systém a na základě zkušeností ho aktualizovat,
- i) dokumentovat význam různých prvků biotopů z hlediska ekologie vod včetně ekomorfologie a vypracovávat návrhy na zachování, obnovu a ochranu vod-

ten zur Erhaltung und Wiederherstellung und zum Schutz der aquatischen und damit zusammenhängenden terrestrischen Ökosysteme,

- j) über geplante und über bestehende Arten der Gewässernutzung beraten, die wesentliche grenzüberschreitende Auswirkungen haben könnten,
- k) die Zusammenarbeit bei wissenschaftlichen Forschungsvorhaben und im Bereich des Informationsaustausches fördern, insbesondere über den Stand der Technik und über moderne Technologien zur Vermeidung und Verringerung von Gewässerverunreinigungen.

(2) Die Kommission befaßt sich auch mit dem Schutz der Gewässer vor Verunreinigung, soweit diese ihre Ursachen in der Fischereiwirtschaft, der Schifffahrt oder in anderen Nutzungen der Gewässer haben.

(3) Die Kommission kann im Einvernehmen der Vertragsparteien mit weiteren Aufgaben beauftragt werden.

Artikel 3

Der Vertrag gilt für die Hoheitsgebiete der Republik Polen und der Tschechischen Republik sowie für die Gebiete, in denen der Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft Anwendung findet.

Artikel 4

(1) Die Tätigkeit der Kommission erfolgt in Übereinstimmung mit dem Recht der Vertragsparteien.

(2) Zur Erreichung der Ziele dieses Vertrags legt die Kommission den Vertragsparteien Vorschläge und Empfehlungen vor.

(3) Die Vertragsparteien unterrichten die Kommission innerhalb bestimmter Fristen über die Bedingungen und Mittel, die zur Erreichung der Zielsetzungen erforderlich sind, sowie über entsprechende Maßnahmen und deren Ergebnisse.

Artikel 5

(1) Die Kommission setzt sich aus Delegationen der Vertragsparteien zusammen. Jede Vertragspartei benennt höchstens fünf Delegierte, darunter einen Delegationsleiter und seinen Stellvertreter, sowie bis zu fünf stellvertretende Delegierte.

(2) Jede Delegation kann für die Behandlung bestimmter Fragen von ihr zu benennende Sachverständige hinzuziehen.

(3) Die Kommission gibt sich eine Geschäftsordnung.

Artikel 6

(1) Der Vorsitz der Kommission wird abwechselnd durch die Delegationen der Vertragsparteien wahrgenommen. Einzelheiten der Wahrnehmung des Vorsitzes

dotyczące utrzymania, odtwarzania i ochrony wodnych, i związanych z nimi ekosystemów brzegowych;

j) konsultować planowane i istniejące rodzaje wykorzystania wód, które mogłyby mieć istotne transgraniczne oddziaływanie;

k) popierać współpracę naukowo – badawczą oraz w dziedzinie wymiany informacji, w szczególności o stanie techniki i o nowoczesnych technologiach zapobiegających i obniżających zanieczyszczenie wód.

2. Komisja zajmuje się również ochroną wód przed zanieczyszczeniem mającym swe źródło w gospodarce rybackiej, żegludze oraz innych rodzajach wykorzystania wód.

3. Za zgodą Umawiających się Stron Komisji można również zlecić inne zadania.

Artykuł 3

Umowa niniejsza obowiązuje na terytoriach Rzeczypospolitej Polskiej i Republiki Czeskiej oraz na obszarach, na których stosowany jest Układ o utworzeniu Wspólnoty Europejskiej.

Artykuł 4

1. Działalność Komisji prowadzona jest zgodnie z prawem Umawiających się Stron.

2. Dla osiągnięcia celów niniejszej Umowy Komisja przedkłada Umawiającym się Stronom propozycje i zalecenia.

3. W określonych terminach Umawiające się Strony będą informować Komisję o warunkach i środkach niezbędnych do osiągnięcia celów, a także o odpowiednich działaniach i ich efektach.

Artykuł 5

1. Komisja składa się z delegacji Umawiających się Stron. Każda Umawiająca się Strona mianuje najwyżej pięciu delegatów w tym przewodniczącego delegacji i jego zastępcę oraz do pięciu zastępców członków delegacji.

2. Każda delegacja może dokooptować wyznaczonych przez siebie rzeczoznawców w celu rozpatrywania określonych spraw.

3. Komisja ustala swój Regulamin.

Artykuł 6

1. Komisji przewodniczyć będą, na zmianę, delegaci Umawiających się Stron. Szczegóły dotyczące przewodniczenia i związanych z tym obowiązków określa

ních a souvisejících terestrických ekosystémů,

j) konzultovat plánované a stávající způsoby využití vod, které by mohly mít značný vliv přesahující hranice,

k) podporovat spolupráci při vědeckých a výzkumných záměrech a spolupráci v oblasti výměny informací, zvláště o stavu techniky a moderních technologiích zamezujících nebo snižujících znečištění vod.

2) Komise se zabývá také ochranou vod před znečištěním, pokud toto znečištění má svůj původ v rybolovu, lodní plavbě nebo jiných způsobech užívání vod.

3) Komise může být po dohodě smluvních stran pověřena dalšími úkoly.

Článek 3

Tato dohoda platí na území České republiky a Polské republiky a na územích, na nichž je uplatňována Smlouva o založení Evropského společenství.

Článek 4

1) Činnost Komise probíhá v souladu s právním řádem smluvních stran.

2) K dosažení cílů této dohody předkládá Komise smluvním stranám návrhy a doporučení.

3) Smluvní strany budou informovat Komisi ve stanovených lhůtách o podmínkách a prostředcích k dosažení cílů a také o návazných opatřeních a jejich přínosech.

Článek 5

1) Komisi tvoří delegace smluvních stran. Každá smluvní strana jmenuje maximálně 5 delegátů, z nich jednoho vedoucího delegace a jeho zástupce, a maximálně 5 zástupců delegátů.

2) Každá delegace může přizvat k jednání určitých otázek experty, které sama jmenuje.

3) Komise stanoví svůj jednací řád.

Článek 6

1) Předsednictví budou v Komisi vykonávat střídavě delegace smluvních stran. Podrobnosti výkonu předsednictví a s tím spojených prací budou upraveny v

und der damit verbundenen Arbeiten werden in der Geschäftsordnung der Kommission geregelt. Die Delegation, welche den Vorsitz wahrnimmt, benennt eines ihrer Mitglieder als Präsidenten der Kommission. Diese Delegation kann für die Dauer der Wahrnehmung des Vorsitzes einen weiteren Delegierten benennen.

(2) Der Präsident soll in der Regel auf den Tagungen der Kommission nicht für seine Delegation sprechen.

Artikel 7

(1) Die Kommission tritt mindestens einmal jährlich auf Einladung des Präsidenten an einem von ihm festzulegenden Ort zu einer ordentlichen Tagung zusammen.

(2) Auf Verlangen mindestens einer Delegation hat der Präsident eine außerordentliche Tagung einzuberufen.

(3) Zwischen den Tagungen der Kommission können Beratungen der Delegationsleiter stattfinden.

(4) Der Präsident schlägt die Tagesordnung vor. Jede Delegation hat das Recht, diejenigen Punkte auf die Tagesordnung setzen zu lassen, die sie behandelt zu sehen wünscht.

Artikel 8

(1) Jede Delegation hat eine Stimme.

(2) Bei den Verhandlungen und der Fassung von Beschlüssen im Rahmen dieses Vertrags sowie bei ihrer Durchführung handeln die Europäische Gemeinschaft und die Bundesrepublik Deutschland im Bereich ihrer jeweiligen Zuständigkeit. Die Europäische Gemeinschaft übt ihr Stimmrecht in Fällen, in denen die Bundesrepublik Deutschland zuständig ist, nicht aus; dasselbe gilt im umgekehrten Fall.

(3) Die Beschlüsse, Vorschläge und Empfehlungen der Kommission werden einstimmig gefasst; unter in der Geschäftsordnung festzulegenden Bedingungen kann ein schriftliches Verfahren stattfinden.

(4) Stimmenthaltung steht der Einstimmigkeit nicht entgegen, wenn alle Delegationen anwesend sind.

Artikel 9

(1) Die Kommission setzt für die Durchführung bestimmter Aufgaben Arbeitsgruppen ein.

(2) Die Arbeitsgruppen setzen sich aus den von jeder Delegation bezeichneten Sachverständigen zusammen.

(3) Die Kommission bestimmt die Aufgaben sowie die Mitgliederzahl jeder Arbeitsgruppe und legt deren Vorsitz fest.

Artikel 10

Die Kommission besitzt Rechtspersönlichkeit. Ihre Rechts- und Geschäftsfähigkeit unterliegen dem Recht des Staates, in

regulamin Komisji. Delegacja przyjmująca na siebie przewodniczenie Komisji mianuje jednego ze swych członków Przewodniczącym Komisji. Na czas pełnienia funkcji Przewodniczącego Komisji delegacja może na jego miejsce wyznaczyć innego delegata.

2. Podczas posiedzeń Komisji Przewodniczący, z reguły, nie powinien wypowiadać się w imieniu swej delegacji.

Artykuł 7

1. Komisja spotyka się co najmniej raz do roku na posiedzeniu zwyczajnym na zaproszenie Przewodniczącego, w ustalonym przez niego miejscu.

2. Przewodniczący zwołuje posiedzenie nadzwyczajne na żądanie co najmniej jednej delegacji.

3. Między posiedzeniami Komisji mogą odbywać się narady przewodniczących delegacji.

4. Porządek dzienny posiedzenia proponuje Przewodniczący. Każda delegacja ma prawo wnieść do porządku dziennego sprawy, które jej zdaniem powinny być omówione.

Artykuł 8

1. Każda delegacja dysponuje jednym głosem.

2. W trakcie rokowań i przy podejmowaniu uchwał w ramach niniejszej Umowy, a także przy jej wykonywaniu Wspólnota Europejska i Republika Federalna Niemiec działają w zakresie swych właściwości. Wspólnota Europejska nie korzysta ze swego prawa głosu wówczas, gdy właściwa jest Republika Federalna Niemiec; ta sama zasada stosowana jest w sytuacjach odwrotnych.

3. Uchwały, propozycje i zalecenia Komisji podejmowane są jednomyślnie. W warunkach, które ustali regulamin, można stosować procedurę pisemną.

4. Powstrzymanie się od głosu nie stanowi przeszkody w uznaniu jednomyślności, o ile wszystkie delegacje są obecne.

Artykuł 9

1. W celu realizacji określonych zadań Komisja powołuje grupy robocze.

2. Grupy robocze składają się z rzeczoznawców, wyznaczonych przez każdą z delegacji.

3. Komisja wyznacza zadania oraz ustala liczbę członków w każdej grupie roboczej i ustala ich przewodnictwo.

Artykuł 10

Komisja ma osobowość prawną. Jej zdolność prawna i zdolność do czynności prawnych podlegają przepisom prawa

jednací řádu Komise. Delegace, která vykonává předsednictví, jmenuje jednoho ze svých členů prezidentem Komise. Tato delegace může po dobu výkonu předsednictví jmenovat dalšího delegáta.

2) Prezident nemá zpravidla na zasedáních Komise mluvit za svoji delegaci.

Článek 7

1) Komise se schází alespoň jednou za rok na pozvání prezidenta k řádnému zasedání v místě, které prezident určí.

2) Na žádost alespoň jedné delegace prezident svolává mimořádné zasedání.

3) Mezi zasedáními Komise se mohou konat porady vedoucích delegací.

4) Prezident navrhuje program jednání. Každá delegace má právo zařadit na pořad jednání ty body, které si přeje projednat.

Článek 8

1) Každá delegace má jeden hlas.

2) Při jednáních a schvalování usnesení v rámci této dohody a také při jejich realizaci jedná Evropské společenství a Spolková republika Německo v rozsahu své příslušné kompetence. Evropské společenství neuplatňuje své hlasovací právo v případech, které jsou v kompetenci Spolkové republiky Německo; totéž platí v opačném případě.

3) Usnesení, návrhy a doporučení Komise jsou schvalovány jednomyšlně. Za podmínek stanovených v jednací řád může být uplatněn písemný postup.

4) Zdržet se hlasování neodporuje jednomyšlnosti, jestliže jsou všechny delegace přítomny.

Článek 9

1) Komise zřizuje pracovní skupiny pro realizaci stanovených úkolů.

2) Pracovní skupiny jsou tvořeny experty jmenovanými každou delegací.

3) Komise stanovuje úkoly a počet členů každé pracovní skupiny a určí jejich předsednictví.

Článek 10

Komise má právní subjektivitu. Její způsobilost k právním úkonům podléhá právu platnému ve státě – sídle jejího

dem ihr Sekretariat seinen Sitz hat. Die Kommission wird von ihrem Präsidenten vertreten. Der Präsident kann nach Maßgabe der Geschäftsordnung seine Vertretung regeln.

Artikel 11

Zur Vorbereitung und Durchführung ihrer Arbeit richtet die Kommission ein Sekretariat ein. Die Kommission regelt die Arbeit des Sekretariats durch die Geschäftsordnung. Sitz des Sekretariats ist Breslau.

Artikel 12

Die Kommission kann sich im Rahmen ihres Haushalts der Dienste fachlich besonders geeigneter Persönlichkeiten oder Einrichtungen zur Prüfung spezifischer Fragen bedienen.

Artikel 13

(1) Die Kommission entscheidet entsprechend den Zielen dieses Vertrags über die Zusammenarbeit mit internationalen und nationalen Organisationen, deren Tätigkeit mit dem Gewässerschutz in Verbindung steht.

(2) Die Kommission unterrichtet die Öffentlichkeit über Arbeitsergebnisse, Programme und Maßnahmen.

Artikel 14

Die Kommission erstattet den Vertragsparteien mindestens alle zwei Jahre einen Tätigkeitsbericht sowie nach Bedarf weitere Berichte, insbesondere über durchgeführte Maßnahmen sowie die Ergebnisse von Untersuchungen und deren Bewertung.

Artikel 15

(1) Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihrer Vertretung in der Kommission und in den Arbeitsgruppen.

(2) Die übrigen Kosten der Arbeiten der Kommission einschließlich der Kosten des Sekretariats werden aus dem Haushalt der Kommission getragen. Die Beiträge der Vertragsparteien zum Haushalt der Kommission werden in folgendem Verhältnis aufgeteilt:

Bundesrepublik Deutschland	38,75 v.H.
Republik Polen	38,75 v.H.
Tschechische Republik	20,00 v.H.
Europäische Gemeinschaft	2,50 v.H.
Insgesamt	100,00 v.H.

(3) Die Kommission legt ihren Haushalt fest und bestätigt seine Erfüllung. Näheres regelt die Geschäftsordnung.

(4) Der Haushalt der Kommission wird außer aus Beiträgen der Vertragsparteien auch aus Spenden, Subventionen, Zinsen und Mitteln aus anderen Quellen finanziert.

parištwa, na terytorium którego znajduje się siedziba Sekretariatu. Komisję reprezentuje jej Przewodniczący. Zgodnie z regulaminem Przewodniczący może wyznaczyć swojego zastępcę.

Artykuł 11

W celu przygotowania i realizacji swojej pracy Komisja utworzy Sekretariat. Pracę Sekretariatu Komisja reguluje w regulaminie. Siedzibą Sekretariatu jest Wrocław.

Artykuł 12

W ramach swojego budżetu Komisja może korzystać z usług osób lub instytucji o szczególnych kwalifikacjach specjalistycznych jeśli zachodzi taka potrzeba.

Artykuł 13

1. Komisja, zgodnie z celami niniejszej Umowy, decyduje o współpracy z organizacjami międzynarodowymi i krajowymi, których działalność wiąże się z ochroną wód.

2. Komisja informuje opinię publiczną o wynikach pracy, programach i działaniach.

Artykuł 14

Co najmniej raz na dwa lata Komisja składa Umawiającym się Stronom sprawozdanie ze swojej działalności, ta także w miarę potrzeby inne sprawozdania, dotyczące zwłaszcza przeprowadzonych działań oraz badań i oceny uzyskanych wyników.

Artykuł 15

1. Każda Umawiająca się Strona ponosi koszty swojej reprezentacji w Komisji i w grupach roboczych.

2. Pozostałe koszty działalności Komisji, łącznie z kosztami działalności Sekretariatu, będą pokrywane z budżetu Komisji. Składki Umawiających się Stron do budżetu Komisji ustala się według następujących proporcji:

Rzeczpospolita Polska	38,75 %
Republika Czeska	20,00 %
Republika Federalna Niemiec	38,75 %
Wspólnota Europejska	2,50 %
Ogółem	100,00 %

3. Komisja uchwała swój budżet oraz zatwierdza jego wykonanie. Szczegółowe zasady reguluje Regulamin.

4. Budżet Komisji, oprócz składek Umawiających się Stron, może być również finansowany z darowizn, subwencji, odsetek i środków pochodzących z innych źródeł.

sekretariátu. Komisi zastupuje její prezident. Prezident může v souladu s jednacím řádem upravit své zastupování.

Článek 11

Komise zřídí k přípravě a realizaci své práce sekretariát. Komise upraví práci sekretariátu v jednacím řádu. Sídlem sekretariátu je Vratislav.

Článek 12

Komise může v rámci svého rozpočtu využít služeb odborně zvláště vhodných osob nebo institucí k řešení specifických otázek.

Článek 13

1) Komise rozhoduje v souladu s cíli této dohody o spolupráci s mezinárodními a národními organizacemi, jejichž činnost je spjata s ochranou vod.

2) Komise informuje veřejnost o výsledcích práce, programech a opatřeních.

Článek 14

Komise předkládá smluvním stranám alespoň jednou za dva roky zprávu o své činnosti a podle potřeby další zprávy, zejména o realizovaných opatřeních, výsledcích výzkumů a jejich hodnocení.

Článek 15

1) Každá smluvní strana nese náklady svého zastoupení v Komisi a pracovních skupinách.

2) Ostatní náklady na činnost Komise včetně nákladů na činnost sekretariátu budou hrazeny z rozpočtu Komise. Příspěvky smluvních stran do rozpočtu Komise se stanovují v tomto poměru:

a) Česká republika	20,00 %
b) Polská republika	38,75 %
c) Spolková republika Německo	38,75 %
d) Evropské společenství	2,50 %
celkem	100,00 %

3) Komise schvaluje svůj rozpočet a potvrzuje jeho využití. Podrobnosti upraví její jednací řád.

4) Rozpočet Komise je kromě příspěvků smluvních stran dále financován z darů, dotací, úroků a částek pocházejících z jiných zdrojů.

Artikel 16

(1) Mit vorliegendem Vertrag bleiben Rechte und Pflichten der Vertragsparteien, die sich aus zwei- und mehrseitigen Vereinbarungen ergeben, unberührt.

(2) Die Kommission untersucht im Einvernehmen der Vertragsparteien, inwieweit es möglich und zweckmäßig ist, unter anderem zur Vermeidung von Doppelarbeit die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien aus bestehenden Vereinbarungen anzugleichen, und unterbreitet gegebenenfalls entsprechende Empfehlungen.

Artikel 17

Arbeitssprachen der Kommission sind Deutsch, Polnisch und Tschechisch.

Artikel 18

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation oder der Bestätigung gemäß dem jeweiligen Recht der Vertragsparteien.

(2) Die Ratifikations- oder Bestätigungs-urkunden werden beim Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union als Verwahrer des Vertrags hinterlegt. Der Verwahrer wird die anderen Vertragsparteien über die Hinterlegung einer jeden Ratifikations- oder Bestätigungs-urkunde unterrichten.

(3) Dieser Vertrag tritt 30 Tage nach dem Tag in Kraft, an dem die letzte Ratifikationsurkunde oder Bestätigungs-urkunde beim Verwahrer hinterlegt wird. Der Verwahrer teilt das Datum des Inkrafttretens des Vertrages den übrigen Vertragsparteien mit.

Artikel 19

(1) Der Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Nach Ablauf von fünf Jahren nach Inkrafttreten kann dieser Vertrag von jeder Vertragspartei durch Notifikation gegenüber dem Verwahrer jederzeit gekündigt werden. Der Vertrag tritt für die kündigende Partei nach Ablauf eines Jahres nach Erhalt der entsprechenden Note durch den Verwahrer außer Kraft.

Artikel 20

Dieser Vertrag, der in einer Urschrift in deutscher, polnischer und tschechischer Sprache abgefaßt ist, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird im Archiv des Generalsekretariats des Rates der Europäischen Union hinterlegt. Der Verwahrer übermittelt jeder anderen Vertragspartei eine beglaubigte Abschrift.

Geschehen zu Breslau am 11. April 1996.

Artykuł 16

1. Umowa niniejsza nie narusza praw i obowiązków Umawiających się Stron, wynikających z umów dwustronnych i wielostronnych.

2. Komisja, za zgodą Umawiających się Stron, między innymi dla uniknięcia powtarzania się pracy, bada możliwość i celowość ujednolicenia praw i obowiązków Umawiających się Stron, wynikających z istniejących porozumień i przedkłada w danym przypadku odpowiednie zalecenia.

Artykuł 17

Językami roboczymi Komisji są: polski, czeski i niemiecki.

Artykuł 18

1. Umowa niniejsza podlega ratyfikacji lub zatwierdzeniu zgodnie z prawem każdej Umawiającej się Strony.

2. Dokumenty ratyfikacyjne lub zatwierdzające zostaną zdeponowane w Sekretariacie Generalnym Rady Unii Europejskiej, jako depozytariusza Umowy. Depozytariusz poinformuje pozostałe Umawiające się Strony o zdeponowaniu każdego dokumentu ratyfikacyjnego lub zatwierdzającego.

3. Umowa niniejsza wchodzi w życie 30 dni po dniu złożenia depozytariuszowi ostatniego dokumentu ratyfikacyjnego lub zatwierdzającego. Depozytariusz informuje pozostałe Umawiające się Strony o dacie wejścia w życie Umowy.

Artykuł 19

1. Umowę zawiera się na czas nieokreślony.

2. Po upływie pięciu lat od dnia jej wejścia w życie niniejsza Umowa może być w dowolnym terminie wypowiedziana w drodze notyfikacji, wobec depozytariusza, przez każdą Umawiającą się Stronę. Umowa traci moc w stosunku do Strony ją wypowiadającej, po upływie jednego roku od dnia otrzymania odpowiedniej noty przez depozytariusza.

Artykuł 20

Umowę niniejszą, której oryginał został sporządzony w językach: polskim, czeskim i niemieckim, przy czym każda z wersji językowych ma jednakową moc prawną, deponuje się w archiwum Sekretariatu Generalnego Rady Unii Europejskiej. Depozytariusz przekazuje każdej pozostałej Umawiającej się Stronie uwierzytelniony odpis.

Sporządzono we Wrocławiu dnia 11 kwietnia 1996 roku.

Článek 16

1) Touto dohodou zůstávají práva a závazky smluvních stran vyplývající ze dvou a vícestranných dohod nedotčeny.

2) Komise bude se souhlasem smluvních stran, mj. v zájmu vyloučení duplicit, prověřovat možnost a účelnost sjednocení práv a závazků smluvních stran vyplývajících z existujících dohod a případně předkládat odpovídající doporučení.

Článek 17

Pracovními jazyky Komise jsou čeština, němčina a polština.

Článek 18

1) Tato dohoda vyžaduje ratifikaci nebo schválení v souladu s právním řádem každé ze smluvních stran.

2) Ratifikační nebo schvalovací listiny budou uloženy u Generálního sekretariátu Rady Evropské unie jako depozitáře dohody. Ten informuje další smluvní strany o uložení každé ratifikační nebo schvalovací listiny.

3) Tato dohoda vstupuje v platnost 30 dní po dni, kdy bude depozitář předána poslední ratifikační nebo schvalovací listina. Depozitář oznámí ostatním smluvním stranám den, kdy dohoda nabyla platnosti.

Článek 19

1) Dohoda se uzavírá na neomezenou dobu.

2) Po uplynutí pěti let ode dne, kdy vstoupila v platnost, může být tato dohoda kdykoliv vypovězena každou ze smluvních stran cestou notifikace depozitáři. Dohoda pozbyvá platnosti ve vztahu ke smluvní straně vypovídající dohodu po uplynutí jednoho roku ode dne, kdy depozitář obdrží příslušnou notu.

Článek 20

Tato dohoda, jejíž prvopis byl pořízen v českém, německém a polském jazyce, přičemž každá znění je stejným způsobem závazné, se ukládá v archivu Generálního sekretariátu Rady Evropské unie. Depozitář předá každé ze smluvních stran ověřený opis.

Sporządzono we Wrocławiu 11 kwietnia 1996 roku.

Erklärung

Aus Anlaß der Unterzeichnung des Vertrags über die Internationale Kommission zum Schutz der Oder gegen Verunreinigung, gibt die Regierung der Republik Polen folgende Erklärung ab:

Im Zusammenhang mit den im Artikel 8, Absätze (3) und (4) des Vertrags über die Internationale Kommission zum Schutz der Oder gegen Verunreinigung enthaltenen Festlegungen, vertritt die Regierung der Republik Polen die Auffassung, daß Entscheidungen, Vorschläge und Empfehlungen der Internationalen Kommission zum Schutz der Oder gegen Verunreinigung bei Tagungen einstimmig in Gegenwart aller Delegationen getroffen werden.

Oświadczenie

Z okazji podpisania Umowy w sprawie Międzynarodowej Komisji Ochrony Odry przed Zanieczyszczeniem, Rząd Rzeczypospolitej Polskiej składa następujące oświadczenie:

W związku z postanowieniami ustępów 3 i 4 artykułu 8 Umowy w sprawie Międzynarodowej Komisji Ochrony Odry przed Zanieczyszczeniem, Rząd Rzeczypospolitej Polskiej uważa, iż podejmowanie przez Międzynarodową Komisję Ochrony Odry przed Zanieczyszczeniem decyzji, propozycji i zaleceń na posiedzeniach będzie następować jednomyślnie przy obecności wszystkich delegacji.

Prohlášení

Při příležitosti podepsání Dohody o Mezinárodní komisi pro ochranu Odry před znečištěním, vláda Polské republiky vydává toto prohlášení:

V souvislosti s ustanovením odstavce 3 a 4 článku 8 Dohody o Mezinárodní komisi pro ochranu Odry před znečištěním, vláda Polské republiky soudí, že návrhy a doporučení budou Mezinárodní komisí pro ochranu Odry před znečištěním přijímána jednomyšlně za přítomnosti všech delegací.

Denkschrift zu dem Vertrag

I. Allgemeines

Der am 11. April 1996 in Breslau unterzeichnete Vertrag soll die Grundlage für die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gewässerschutzes im gesamten Einzugsgebiet der Oder nach dem Vorbild der Zusammenarbeit an Elbe, Rhein und Donau bilden. Dem Vertrag kommt neben der umweltpolitischen auch eine hohe außenpolitische Bedeutung zu, indem die darin getroffenen Regelungen zu einer weiteren Intensivierung der Zusammenarbeit mit Polen und Tschechien und zu einer Vertiefung der gutnachbarlichen Beziehungen einen wichtigen Beitrag leisten.

Die Zusammenarbeit der Vertragsparteien erfolgt in der Internationalen Kommission zum Schutz der Oder gegen Verunreinigung, die nach Artikel 5 des Vertrags eingerichtet wird. Die Kommission besitzt Rechtspersönlichkeit, d.h. sie ist juristische Person und kann Träger von Rechten und Pflichten sein. Zur Vorbereitung und Durchführung ihrer Arbeiten richtet die Kommission ein ständiges Sekretariat ein, dessen Kosten nach bestimmten Anteilen von den Vertragsparteien getragen werden. Sitz der Kommission und des Sekretariats ist Breslau.

Zentrale Ziele der Zusammenarbeit sind insbesondere

- Übersichten über Quellen punktförmiger Verunreinigungen erstellen, Abschätzungen der Gewässerbelastung aus diffusen Quellen vornehmen sowie beides fortschreiben, gegliedert nach Branchen und den wichtigsten Arten der Verunreinigung,
- Grenzwerte für die eingeleiteten Abwässer vorschlagen,
- Qualitätsziele für Gewässer unter Berücksichtigung der Ansprüche an die Gewässernutzung sowie der besonderen Bedingungen zum Schutz der Ostsee und der aquatischen und der damit zusammenhängenden terrestrischen Ökosysteme vorschlagen,
- gemeinsame Meß- und Untersuchungsprogramme zur Darstellung der Quantität und der Qualität der Gewässer, der Qualität der Sedimente, zur Bewertung des Zustands der aquatischen und der damit zusammenhängenden terrestrischen Lebensgemeinschaften sowie, sofern notwendig, zur Bewertung der Folge der Gewässerbelastung vorschlagen, wie auch die erzielten Ergebnisse dokumentieren und bewerten,
- einheitliche Methoden zur Güteklassifizierung der Gewässer vorschlagen,
- gesammelte Daten und Informationen, die für den Schutz der Oder notwendig sind, analysieren, insbesondere zu Fragen der Hydrologie und der wasserwirtschaftlichen Bilanzierung,
- Aktionsprogramme zur Reduzierung der Verunreinigung, insbesondere mit Schadstoffen sowohl aus kommunalen und industriellen Punktquellen als auch diffusen Quellen und weitere Maßnahmen einschließlich Zeitplanung, Kostenschätzung und Möglichkeiten der Finanzierung vorschlagen,
- Maßnahmen zur Vorbeugung und Bekämpfung außergewöhnlicher Gewässerbelastungen vorschlagen sowie ein einheitliches Alarm- und Warnsystem erarbeiten und auf der Grundlage der Erfahrungen fortschreiben,
- die gewässerökologische Bedeutung der unterschiedlichen Biotopenelemente einschließlich Ökomorphologie dokumentieren sowie Vorschläge erarbeiten zur Erhaltung und Wiederherstellung und zum Schutz der aquatischen und damit zusammenhängenden terrestrischen Ökosysteme,
- über geplante und über bestehende Arten der Gewässernutzung beraten, die wesentliche grenzüberschreitende Auswirkungen haben könnten,
- die Zusammenarbeit bei wissenschaftlichen Forschungsvorhaben und im Bereich des Informationsaustausches fördern, insbesondere über den Stand der Technik und über moderne Technologien zur Vermeidung und Verringerung von Gewässerverunreinigungen.

Auf Grund der verfassungsmäßigen Zuständigkeit der Länder für wesentliche wasserwirtschaftliche Bereiche werden auf deutscher Seite wichtige Aufgaben von den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen wahrzunehmen sein.

Änderungen des in Deutschland geltenden Rechts und des dort, insbesondere im Rahmen des WHG (z.B. Abwasserverwaltungsvorschriften, Vorschriften zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen) bereits realisierten hohen Schutzniveaus sind auf Grund des Vertrags und seiner späteren Umsetzung nicht erforderlich.

Die Delegationen haben bei der Zeichnung des Übereinkommens vereinbart, daß die Internationale Kommission zum Schutz der Oder gegen Verunreinigung schon vor dem völkerechtlichen Inkrafttreten des Oderschutzvertrags ihre Tätigkeit auf vorläufiger Basis aufnehmen soll. Dieses Verfahren hat sich im Zusammenhang mit den Internationalen Elbe- und Donauschutzkommissionen bewährt.

Zu Artikel 8 Abs. 3 und 4 hat die polnische Seite die dem Vertrag beigefügte Erklärung abgegeben. Darin wird die Auffassung der Regierung der Republik Polen dargelegt, daß Entscheidungen, Vorschläge und Empfehlungen der Internationalen Kommission zum Schutz der Oder gegen Verunreinigung bei Tagungen einstimmig in Gegenwart aller Delegationen getroffen werden. Die übrigen Vertragsparteien sind mit dieser Klarstellung einverstanden.

II. Besonderes

Zu Artikel 1

Absatz 1 enthält die gegenseitige Verpflichtung der den Vertrag schließenden Parteien zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gewässerschutzes für das gesamte Odereinzugsgebiet in der Internationalen Kommission zum Schutz der Oder gegen Verunreinigung.

Absatz 2 zählt die Ziele der Zusammenarbeit auf.

Absatz 3 beschreibt das Verfahren zur Erreichung dieser Ziele.

Absatz 4 regelt den Austausch moderner Technologien zur Erreichung der Ziele der Zusammenarbeit.

Zu Artikel 2

Absatz 1 enthält eine enumerative Aufzählung der der Kommission insbesondere zufallenden Aufgaben.

Absatz 2 grenzt den Anwendungsbereich des Vertrags gegenüber Fragen der Fischereiwirtschaft und der Schifffahrt ab.

Gemäß Absatz 3 kann die Kommission im Einvernehmen der Vertragspartei mit weiteren Aufgaben beauftragt werden.

Zu Artikel 3

Diese Vorschrift enthält den Geltungsbereich des Vertrags sowie die übliche EG-Geltungsbereichsklausel. Der räumliche Anwendungsbereich des Odereinzugsgebiets wird dadurch nicht erweitert.

Zu Artikel 4

Absatz 1 legt fest, daß die Tätigkeit der Kommission in Übereinstimmung mit dem Recht der Vertragspartei zu erfolgen hat.

Absatz 2 setzt fest, daß die Kommission den Vertragspartei Vorschläge und Empfehlungen zur Erreichung der Vertragsziele vorlegt.

Absatz 3 enthält die Verpflichtung der den Vertrag schließenden Parteien, die Kommission über Grundlagen, die zur Aufgabenerfüllung der Kommission erforderlich sind, sowie über getroffene Maßnahmen und dafür aufgewendete Mittel zu unterrichten.

Zu Artikel 5

Absatz 1 regelt die Zusammensetzung der Kommission aus Delegationen der den Vertrag schließenden Parteien sowie die Gestaltung der Delegationen nach Besetzung und Höchstteilnehmerzahl.

Absatz 2 räumt jeder Delegation das Recht auf Hinzuziehung von ihr zu benennender Sachverständiger für die Behandlung bestimmter Fragen ein.

Absatz 3 regelt die Befugnis der Kommission zum Erlaß einer Geschäftsordnung.

Zu Artikel 6

Absatz 1 regelt den wechselnden Vorsitz der Kommission durch die Delegation je einer der den Vertrag schließenden Parteien und verweist wegen der Einzelheiten der

Wahrnehmung des Vorsitzes auf die Geschäftsordnung der Kommission. Weiter regelt die Vorschrift die Bestellung des Präsidenten aus der jeweils vorsitzenden Delegation sowie das Recht dieser Delegation auf Ernennung eines weiteren Delegierten für die Dauer der Wahrnehmung des Vorsitzes.

Absatz 2 fordert neutrales Verhalten des Präsidenten in den Sitzungen der Kommission.

Zu Artikel 7

Absatz 1 legt den regelmäßigen Zusammentritt der Kommission fest.

Absatz 2 regelt das Vorgehen bei der Einberufung von außerordentlichen Tagungen.

Absatz 3 eröffnet die Möglichkeit für Beratungen der Delegationsleiter zwischen den Tagungen der Kommission.

Absatz 4 beschreibt das Zustandekommen der Tagesordnung der Kommission.

Zu Artikel 8

Absatz 1 teilt jeder Delegation eine Stimme zu.

Absatz 2 stellt klar, daß die Europäische Gemeinschaft sowie die Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich des Vertrags im Bereich ihrer jeweiligen Zuständigkeit handeln. Ferner wird zwischen beiden die Nichtausübung des Stimmrechts in Fällen der Zuständigkeit des jeweils anderen festgelegt.

Absatz 3 bestimmt die Einstimmigkeit von Beschlüssen, Vorschlägen und Empfehlungen der Kommission sowie die Möglichkeit eines schriftlichen Abstimmungsverfahrens.

Absatz 4 legt fest, daß bei Anwesenheit aller Delegationen Stimmenthaltung der Einstimmigkeit nicht entgegensteht.

Zu Artikel 9

Absatz 1 regelt die Einsetzung von Arbeitsgruppen durch die Kommission.

Absatz 2 bestimmt die Zusammensetzung dieser Arbeitsgruppen.

Absatz 3 legt die Bestimmung der Aufgaben, der Mitgliederwahl sowie des jeweiligen Vorsitzenden der Arbeitsgruppen durch die Kommission fest.

Zu Artikel 10

Artikel 10 legt fest, daß die Kommission Rechtspersönlichkeit nach dem Recht des Staates besitzt, in dem das Sekretariat seinen Sitz hat, wobei die Kommission durch ihren Präsidenten vertreten wird.

Zu Artikel 11

Die Vorschrift bestimmt die Einrichtung eines Sekretariats der Kommission und seinen Sitz.

Zu Artikel 12

Diese Vorschrift gestattet der Kommission, die Hinzuziehung sachverständiger Personen oder Einrichtungen zur Prüfung von Sonderfragen.

Zu Artikel 13

Absatz 1 gestattet es der Kommission, über die Zusammenarbeit mit anderen internationalen und nationalen Organisationen auf dem Gebiet des Gewässerschutzes zu beschließen.

Absatz 2 legt fest, daß die Kommission die Öffentlichkeit über ihre Arbeitsergebnisse, Programme und Maßnahmen zu unterrichten hat.

Zu Artikel 14

Diese Vorschrift sieht die Erstattung von Tätigkeitsberichten sowie – bei Bedarf – die Erstattung weiterer Berichte, insbesondere über Untersuchungsergebnisse sowie deren Bewertung durch die Kommission vor.

Zu Artikel 15

Absatz 1 regelt die Kostentragungspflicht der den Vertrag schließenden Parteien für die Vertretung in der Kommission und den Arbeitsgruppen.

Absatz 2 bestimmt die Verteilung der übrigen Kosten der Arbeiten der Kommission einschließlich der Kosten des Sekretariats.

Absatz 3 regelt die Verfahrensweise bei der Festlegung des Haushalts und seiner Erfüllung, wobei näheres in der Geschäftsordnung niedergelegt ist.

Absatz 4 gestattet es der Kommission, sich auch aus anderen Quellen zu finanzieren.

Zu Artikel 16

Absatz 1 stellt klar, daß dieser Vertrag bestehende Verträge unberührt läßt.

Gemäß Absatz 2 soll die Kommission im Einvernehmen mit den Vertragsparteien untersuchen, inwieweit es möglich und zweckmäßig ist, die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien aus bestehenden Verträgen anzugleichen. Die Kommission kann ggf. entsprechende Empfehlungen aussprechen.

Zu Artikel 17

Diese Vorschrift legt Deutsch, Polnisch und Tschechisch als Arbeitssprachen der Kommission fest.

Zu Artikel 18

Absatz 1 legt fest, daß der Vertrag der Ratifikation oder der Bestätigung gemäß dem jeweiligen Recht der Vertragsparteien bedarf.

Absatz 2 bestimmt das Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union zum Verwahrer des Vertrags und betraut es mit den damit verbundenen Pflichten.

Absatz 3 regelt das Inkrafttreten des Vertrags.

Zu Artikel 19

Absatz 1 legt die Dauer des Vertrags fest.

Absatz 2 regelt die Kündigungsmodalitäten des Vertrags.

Zu Artikel 20

Diese Vorschrift bestimmt die Verbindlichkeit sowohl der deutschen als auch der polnischen und der tschechischen Urschrift des Vertrags und regelt seine Hinterlegung.

31.01.97

Stellungnahme

des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 11. April 1996 über die Internationale Kommission zum Schutz der Oder gegen Verunreinigung (Vertrag über die Oderschutzkommission)

Der Bundesrat hat in seiner 708. Sitzung am 31. Januar 1997 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.